

# 1. Tertialsbericht 2011

zum 30.04.2011

Dez.	Amt	Produkt- gruppe	Sachverhalt	prognostizierte Abweichung zum 31.12.2011 in €	Erläuterung
1	110	Personal	Gesamtpersonalaufwand Stadt	-860.000,00	Aufgrund der nicht vollständig eingeplanten Besoldungserhöhung wird der Planwert für die Besoldung voraussichtlich um ca. 600.000 € und der Versorgungsaufwendungen um ca. 260.000 € überschritten. Da die Stadt aufgrund der tariflichen und besoldungsrechtlichen Vorschriften zur Zahlung verpflichtet ist, ergeben sich keine unmittelbaren Gegensteuerungsmöglichkeiten.
1	200	11.01.09	Finanzmanagement und Rechnungswesen; Mehraufwendungen	-762.636,00	Die gesetzliche Verpflichtung zum Bruttoausweis der Gewinnausschüttungen der städtischen Tochtergesellschaften ist in der Planung 2011 noch nicht umgesetzt. Der Mehrertrag findet sich deshalb in den Produktgruppen 11.15.06 und 11.15.10 - hier wird der Aufwand für den Steueranteil sowie den abzuführenden Solidaritätszuschlag abgebildet.
1	200	11.15.04	Beschluss zur Ergebnisverwendung 2010 der Stadtwerke	-7.948.150,00	Außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen wegen höherer Verlustübernahme sind um ca. 25.000 € höher. Die Zinserträge auf das Gesellschafterdarlehn fallen wegen niedrigerer Zinssätze um ca. 67.000 € geringer aus. In der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke wurde kein wirksamer Beschluss zur Ergebnisverwendung gefasst. Die Entscheidung über die Ergebnisverwendung ist in der Gesellschafterversammlung der BBVG deswegen zurückgestellt worden. Sofern es zu einer wirksamen Entscheidung über die Ergebnisverwendung in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke kommt, soll die Entscheidung über die Gewinnausschüttung in der BBVG "nachgeholt" werden. Da derzeit keine realistische Abschätzung möglich ist, wann dies erfolgen kann, wird für 2011 derzeit eine negative Auswirkung für den Haushalt prognostiziert.
1	200	11.13.05	Beteiligung an Stadtwerke Bielefeld GmbH; Mehrerträge	1.100.000,00	Witterungsbedingt hat sich der Gasabsatz gegenüber der Planung erhöht, so dass die Stadtwerke eine höhere Konzessionsabgabe prognostiziert haben.
1	200	11.15.06	Sparkasse Bielefeld; Mehraufwand	658.004,16	Die gesetzliche Verpflichtung zum Bruttoausweis der Gewinnausschüttungen der städtischen Tochtergesellschaften ist in der Planung 2011 noch nicht umgesetzt. Der Ertrag ist deshalb hier um den Steueranteil sowie den abzuführenden Solidaritätszuschlag höher - in der Produktgruppe 11.01.09 wird der entsprechende Aufwand abgebildet.

# 1. Tertialsbericht 2011

zum 30.04.2011

Dez.	Amt	Produkt- gruppe	Sachverhalt	prognostizierte Abweichung zum 31.12.2011 in €	Erläuterung
1	200	11.15.10	Sonstige Beteiligungen der Stadt; Mehrerträge und Minderaufwendungen	150.740,69	Der Zuschuss an OWL-Marketing fällt um ca. 41.000 € geringer aus. Die Gewinnausschüttung der BGW fällt um ca. 110.000 € höher aus. Die gesetzliche Verpflichtung zum Bruttoausweis der Gewinnausschüttungen der städtischen Tochtergesellschaften ist in der Planung 2011 noch nicht umgesetzt. Der Ertrag ist deshalb hier um den Steueranteil sowie den abzuführenden Solidaritätszuschlag höher - in der Produktgruppe 11.01.09 wird der entsprechende Aufwand abgebildet.
1	200	11.16.01	Allgemeine Finanzwirtschaft; Mehrerträge und Minderaufwendungen	31.699.011,00	Erhebliche Verbesserungen ergeben sich aus dem am 18.05.2011 beschlossenen GFG 2011 und den dazu erstellten Modellberechnungen des Landes (ca. 29,3 Mio. €). Nach der Steuerschätzung Mai 2011 wurden die Planwerte der Steueransätze fortgeschrieben (ca. 0,5 Mio. €). Aus einer bisher günstigeren Entwicklung bei der Höhe der Kredite zur Liquiditätssicherung und bei der Zinsentwicklung ergeben sich ebenfalls Verbesserungen (ca. 1,9 Mio. €).
2	400	11.01.64	verrechnete Gemeinkosten für Schulausschüss	2.070,40	Das Ist-Ergebnis der Aufwendungen für das 1. Tertial fällt geringer aus als der anteilige Plan-Wert. Unter Berücksichtigung des Vorjahresergebnisses ist ein geringerer Jahresaufwand zu erwarten.
2	410	11.04.01	Sonstige Aufwendungen für kommunale Veranstaltungen	-125.000	Sonstige Aufwendungen für kommunale Veranstaltungen waren zu gering geplant. Es wird ein außerplanmäßiger Aufwand mit Deckung im Rahmen des Jahresabschlusses beantragt.
3	360	11.14.04	Luft, Stadtklima, Lärm; Mehrerträge	51.500,00	Im Rahmen der Kommunalisierung der Umweltverwaltung erhöht sich die Landeserstattung ab 2011 um ca. 91.700 €, davon entfällt auf den Bereich Immissionsschutz in dieser Produktgruppe ein Betrag von 51.500 €. Die Erhöhung erfolgt unter dem Vorbehalt der Verabschiedung eines rechtmäßigen Landeshaushalts. Sollte die Erhöhung vom Land zurückgenommen werden, muss die Quartalszahlung in der o. g. Höhe zurückgezahlt werden und es tritt keine Verbesserung ein. Sollten die erhöhten Beträge bis zum Jahresende nicht eindeutig feststehen, ist eine Verbindlichkeit von 51.500 € beim Jahresabschluss zu berücksichtigen.

# 1. Tertialsbericht 2011

zum 30.04.2011

Dez.	Amt	Produkt- gruppe	Sachverhalt	prognostizierte Abweichung zum 31.12.2011 in €	Erläuterung
3	360	11.14.05	Bodenschutz, Schutz vor altlastenbedingten Gefahren	-72.600,00	Da im Bereich der Altlastensanierung für 2011 keine größere Maßnahme durch 360 geplant ist, ergibt sich hier eine Verbesserung von 60.000 €. Durch Mehrerträge aus der Behandlung von Sickerwasser aus einer Deponie des Kreises Herford ist im Bereich der Deponienachsorge mit einer Verbesserung von 15.000 € zu rechnen. Die weitere Verfüllung der Bodendeponie Talbrückenstraße ist wegen des Bauverlaufs der A33 schlecht einzuschätzen. Zudem sind in den schwierigen Wintermonaten erhöhte Kosten beim Bodeneinbau entstanden. Es ist mit einer Verschlechterung von ca. 147.600 € zu rechnen. Gegensteuerung: keine Möglichkeiten
3	370	11.02.15	Gefahrenabwehr	-264.000,00	(HSK 171) Umbuchung von Personalaufwendungen als Kostenerstattung aus den Produktgruppen 11.02.17 und 11.02.18
3	370	11.02.16	Gefahrenvorbeugung	30.000,00	aktualisierte Aufteilung der Mieten an den ISB; entsprechende Verschlechterung bei 11.02.18
3	370	11.02.17	Rettungsdienst	249.000,00	(HSK 171) Umbuchung von Personalaufwendungen als Kostenerstattung aus den Produktgruppen 11.02.17 und 11.02.18 in die Produktgruppe 11.02.15
3	370	11.02.18	Luftrettung	-15.000,00	(HSK 171) Umbuchung von Personalaufwendungen als Kostenerstattung aus den Produktgruppen 11.02.17 und 11.02.18 in die Produktgruppe 11.02.15; Aktualisierte Aufteilung der Mieten an den ISB; entsprechende Verschlechterung bei 11.02.18
3	530	11.07.02	Gutachten/Stellungnahmen; Mehrerträge	15.000,00	Aufgrund steigender Fallzahlen bei den amtsärztlichen Untersuchungen sowie der amtsärztlichen Untersuchungen nach SBG II werden bis zum Jahresende Mehrerträge von 15.000 € erwartet. 10.000 € hiervon werden zur Deckung von Mindererträgen in der Produktgruppe 11.07.01 benötigt.
3	530	11.07.04	Gesundheits- und Infektionsschutz; Mehrerträge	5.000,00	Aufgrund einer steigenden Anzahl an gebührenpflichtigen Belehrungen nach dem Infektionsschutz werden Mehrerträge erwartet.
4	600	11.10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht; Mindererträge	-318.598,80	Rückgang der Bauanträge, weniger Großbauprojekte; keine Gegensteuerungsmöglichkeiten, da Zahl der Bauanträge nicht beeinflussbar
4	600	11.10.04	Wohnungsbauförderung; Mindererträge	-50.000,00	Antragsrückgang in der Eigentumsförderung um ca. 50 Anträge bei der Neubauförderung; keine Gegensteuerungsmaßnahmen, da Landesdarlehen reduziert wurden

# 1. Tertialsbericht 2011

zum 30.04.2011

Dez.	Amt	Produkt- gruppe	Sachverhalt	prognostizierte Abweichung zum 31.12.2011 in €	Erläuterung
4	620	11.09.03	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten; Mindererträge	-246.041,00	Die Erträge aus Vermessungs- und Katasterdienstleistungen bleiben trotz Erhöhung der Gebührensätze nach Änderung der VermWertGebO NRW erheblich hinter den Erwartungen zurück. Sowohl die Anzahl wie auch die Gebühreträchtigkeit der Messungssachen ist gering. keine Gegensteuerungsmaßnahmen bei den Erträgen, da diese von der Zahl und dem Umfang der Anträge für Wertgutachten und Auskünfte abhängen. Weiterhin sehr sparsame Bewirtschaftung der Aufwendungen.
4	620	11.09.04	Geoinformationsdienste, -datenmanagement; Mindererträge	-36.000,00	Durch die Änderung der VermWertGebO ist zum 01.01.2011 der Gebührentatbestand "Vermessungsunterlagen" abgeschafft worden, der bisher in diesem Produktbereich über 45 % der Erträge erbracht hat. keine Gegensteuerungsmaßnahmen bei den Erträgen, aber weiterhin sehr sparsame Bewirtschaftung der Aufwendungen. Mittelfristig wird bei den Personalaufwendungen durch Automatisierung der Unterlagenvorbereitung bei gleichzeitiger Personaleinsparung gegengesteuert.
4	620	11.09.06	Grundstückswertermittlung; Mindererträge	-22.400,00	Obwohl durch die VermWertGebO auch die Gebühren für Wertgutachten erhöht wurden, bleiben die Erträge daraus deutlich hinter den Erwartungen zurück. Durch das Bodenrichtwertinformationssystem BORIS.NRW haben sich auch die Erträge der kostenpflichtigen Auskünfte verringert. Die Zahl der Wertgutachten und der Ertrag je Gutachten sind niedriger als geplant, so dass 2011 mit einem geringeren Jahresergebnis gerechnet werden muss. keine Gegensteuerungsmaßnahmen bei den Erträgen, da diese von der Zahl und dem Umfang der Anträge für Wertgutachten und Auskünfte abhängen. Weiterhin sehr sparsame Bewirtschaftung der Aufwendungen.
4	660	11.01.25	Submission; Mehrerträge	6.000,00	Mehrerträge aus der Kostenerstattung des Umweltbetriebes für die Durchführung von Submissionen.
4	660	11.12.01	öffentliche Verkehrsflächen; Mindererträge	-276.859,00	Mindererträge durch den Abbau von Parkscheinautomaten (Baumaßnahme Kesselbrink) und der geringeren Nutzung städtischer Parkeinrichtungen. Gleichzeitig höhere Erträge aus der Neuvergabe der Werberechte und durch Kostenerstattungen des Umweltbetriebes für Schachtsanierungen und Schachtumbauten. keine Gegensteuerungsmöglichkeiten, da die Parkgebühren durch den Bau des Kesselbrinks sowie die günstigen Tarife privater Parkhausbetreiber nicht beeinflusst werden können.

# 1. Tertialsbericht 2011

zum 30.04.2011

Dez.	Amt	Produkt- gruppe	Sachverhalt	prognostizierte Abweichung zum 31.12.2011 in €	Erläuterung
4	660	11.12.02	Verkehrsanlagen; Mehraufwendungen	-270.000,00	Mit der Umsetzung der EU-Verordnung zum Austausch der Straßenbeleuchtung in energiesparende LED-Leuchten wurde begonnen. Grundsätzlich wurde damit bereits eine geringfügige Verringerung des Jahresstromverbrauches erreicht. Gleichzeitig wurde jedoch die EEG-Abgabe um 1,493 Cent je kWh erhöht, so dass sich trotz gesunkenem Verbrauch die Aufwendungen für Energiekosten um ca. 270.000 € erhöhen werden. keine Gegensteuerungsmaßnahmen, da die EEG-Erhöhung um 1,493 Cent je kWh nicht beeinflusst werden kann.
5	500	11.05.01	Grundsicherung für Arbeit, Mehrerträge und Minderaufwendungen	5.820.832,00	Mehrerträge entstehen durch eine gestiegene Bundesbeteiligung (2,2 Mio. €) und eine höhere Erstattung durch das Jobcenter für höhere Personalkosten bzw. für eingekaufte Leistungen (0,2 Mio. €). Durch die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt ergeben sich bei den SGB II-Leistungen Minderaufwendungen von ca. 3,6 Mio. €. Das Jobcenter rechnet mit einer um 855 Bedarfsgemeinschaften sinkenden durchschnittlichen Fallzahl. Damit sinken die Aufwendungen für Kosten der Unterkunft und die Einmalleistungen. Miet- und Energiekostensteigerungen wurden durch den Anstieg des anrechenbaren Erwerbseinkommens in diesen Fällen kompensiert. Für die Übernahme der in den Regelsätzen nicht mehr enthaltenen Warmwasserkosten wurde ein Mehraufwand von ca. 2 Mio. € berücksichtigt.
5	500	11.05.02	Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, Mehraufwendungen	-1.765.272,00	Die Verschlechterung ergibt sich im Wesentlichen aufgrund von in diesem Umfang nicht vorhersehbaren Fallzahlsteigerungen bei den Leistungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie der Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII. Es handelt sich um Pflichtleistungen.
5	500	11.05.03	Vorbeugende, sichernde und infrastrukturelle Leistungen, Minderaufwendungen und Mehrerträge	569.922,00	Die Kostenerstattungen mit den gesetzlichen Krankenkassen werden rückwirkend abgerechnet. Für die Abrechnung der Krankenhilfe 2010 wird eine Rückstellung im Jahresabschluss von 500.000 € gebildet und aufwandsneutral abgewickelt. Mehrerträge von ca. 69.000 € ergeben sich aus einer höheren Zuweisung des Landes zu den Beweiserhebungskosten in Schwerbehindertenangelegenheiten. Das Land hat die Zuweisungen der Fallzahlsteigerung angepasst und auf eine Pauschalzahlung von 56 €/Fall umgestellt.
				<b>27.324.523,45</b>	